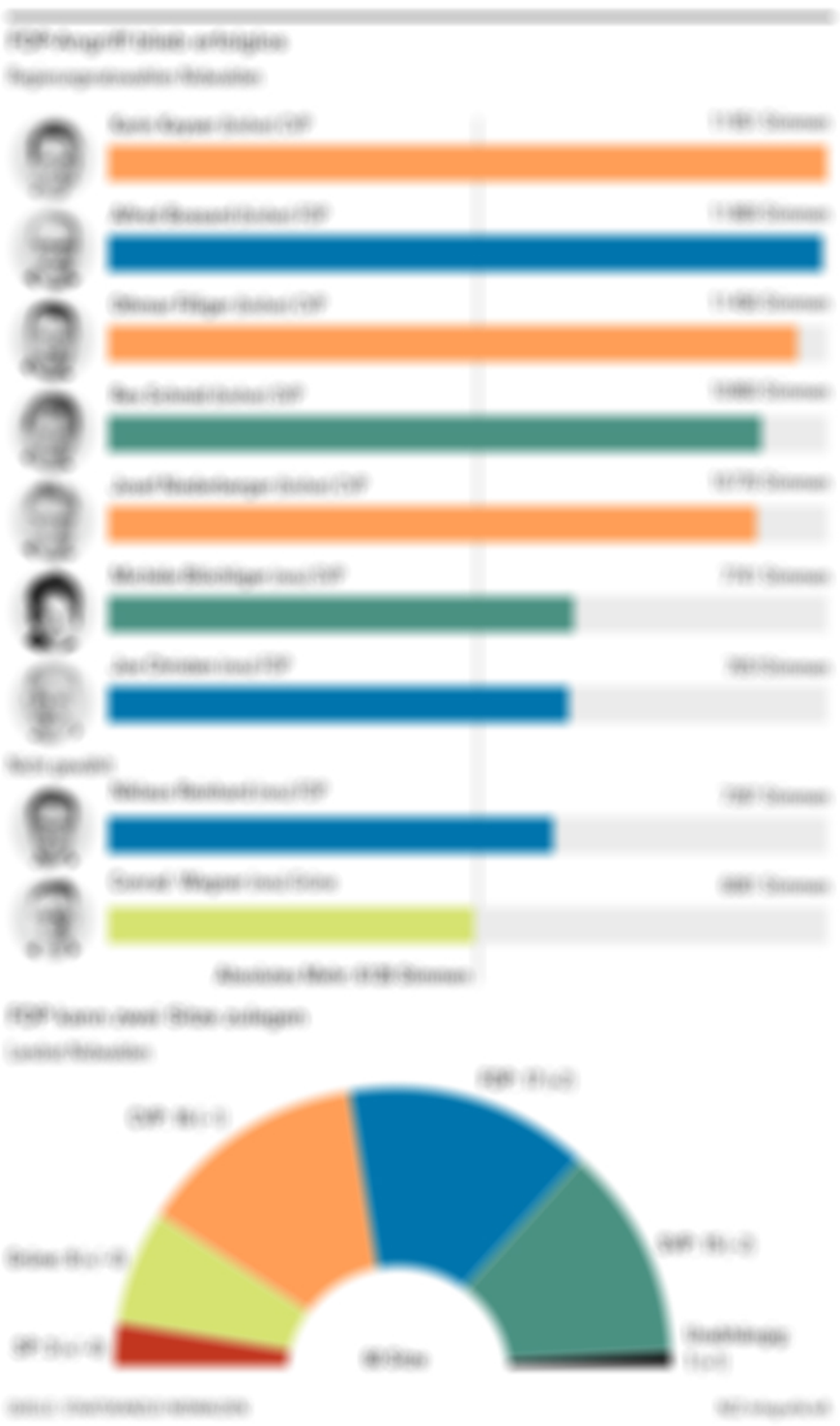
Die SVP verliert in Nidwalden zwei Sitze

Gesamter Regierungsrat im ersten Wahlgang gewählt



Parteien müssen ihre Finanzierung offenlegen

Das Ja zu zwei Vorlagen in Schwyz und Freiburg verleiht der nationalen Transparenzinitiative Schub

An diesen Erfolg haben die Juso wohl selber nicht recht geglaubt: Sogar im konservativen Kanton Schwyz will das Volk Licht in die Parteifinanzierung bringen. Der Coup hat schweizweite Ausstrahlung.

DANIEL GERNY

Knapper hätte der Vorsprung kaum sein können, mit denen die Jungsozialisten im Kanton Schwyz ihre Volksinitiative erfolgreich ins Ziel gebracht haben – und damit den wohl grössten Überraschungserfolg dieses Abstimmungssonntags feierten: Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 50,28 Prozent nahmen die Schwyzerinnen und Schwyzer eine Volksinitiative der Juso an, die eine weitgehende Offenlegungspflicht bei der Finanzierung von Parteien und Kampagnenkomitees verlangt. 305 Stimmen betrug der Vorsprung, doch der Erfolg strahlt weit über den Kanton Schwyz hinaus.

Gleichentags feierten die Juso im Kanton Freiburg ebenfalls einen Sieg mit einer Volksinitiative identischer Zielsetzung. Dort stimmten die Bürgerinnen und Bürger der Vorlage sogar mit einer komfortablen Zweidrittelmehrheit zu.

In beiden Kantonen haben Regierung und Verwaltung das Volksbegehren zur Ablehnung empfohlen, was dem Volksentscheid zusätzliches Gewicht verleiht. Allein dass die Juso in einem konservativen Kanton wie Schwyz einer Volksinitiative zum Sieg verhelfen können, erscheint als Sensation. Die Tatsache, dass dies beim Thema Transparenz in Sachen Parteifinanzierung gelang, über das in vielen anderen Kantonen und auf Bundesebene seit Jahren diskutiert wird, scheint auf einen möglichen Meinungsumschwung in dieser Frage hinzudeuten. Noch vor wenigen Jahren sind in den Kantonen Baselland und Aargau zwei ähnliche Initiativen chancenlos auf Grund gelaufen.

Grossspender müssen ans Licht

Die Initiativen in den Kantonen Schwyz und Freiburg verlangen, dass alle Parteien und politischen Gruppierungen, Kampagnenkomitees, Lobbyorganisationen und sonstigen Organisationen, die sich an Abstimmungskämpfen oder Wahlen beteiligen, ihre Finanzierung offenlegen. Die Ausführungen sind in den beiden Kantonen zwar unterschiedlich, doch die Stossrichtung ist identisch. So sind in erster Linie Grossspender betroffen, also natürliche Personen, deren Zahlungen pro Kalenderjahr 5000 Franken übersteigen. Auch Zahlungen von Firmen und anderen juristischen Personen müssen offengelegt werden, wobei im Kanton Schwyz Spenden von jährlich unter 1000 Franken ausgenommen sind. Auch die Gesamtbudgets von Wahl- und Abstimmungskampagnen müssen in den Kantonen Schwyz und Freiburg künftig transparent gemacht werden.

Der Jubel bei den Transparenzbefürwortern war auch ausserhalb der beiden Kantone gross: «Was für ein Zeichen – Schluss mit der finanziellen Dunkelkammer», twitterte die Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr, kaum lagen die Resultate vor. Es steht fest, dass sich die Debatte nun umgehend auf die nationale Ebene verlagern wird, denn schon bald werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die gesamtschweizerische Transparenzinitiative abstimmen. Das Volksbegehren ist im vergangenen Oktober mit 109 826 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initianten freuen sich über den Schub aus Schwyz und Freiburg: «Das ist Rückenwind für unsere Initiative», meinte die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt erfreut. Zuletzt hatte das nationale Komitee Mühe, die nötigen Unterschriften zusammenzubekommen.

> «Was für ein Zeichen – Schluss mit der finanziellen Dunkelkammer.»
>
> **Jacqueline Fehr (sp.)**
> Zürcher Regierungsrätin

Die eidgenössische Transparenzinitiative ist ähnlich aufgebaut wie die Vorlagen aus Schwyz und Freiburg, doch betragsmässig orientiert sie sich an der Grössenordnung von nationalen Kampagnen. Die Parteien sollen ihre Bilanz und Erfolgsrechnung sowie die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offenlegen müssen. Auch Personen werden dazu verpflichtet, Spenden über 10 000 Franken zu deklarieren, sofern sie insgesamt über 100 000 Franken einsetzen. Die Annahme anonymer Spenden soll verboten werden.

Kritik aus dem Ausland

Im Bundesrat stösst die Initiative allerdings auf Widerstand. Vor einem Monat machte die Regierung deutlich, dass sie das Volksbegehren ablehnt – und ihm auch keinen direkten oder indirekten Gegenvorschlag entgegensetzen will. Sie meint, dass eine nationale Regelung der Parteifinanzierung und der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen kaum mit dem schweizerischen System vereinbar sei. Der Doppelerfolg in Schwyz und Freiburg könnte die Diskussion über das Anliegen neu entfachen – zumal das Initiativkomitee breiter abgestützt ist: Mit von der Partie sind neben der SP, den Juso und den Grünen beispielsweise auch die BDP und die EVP.

Mehr Transparenz in die Parteifinanzierung zu bringen, ist nicht nur ein Anliegen der Linken: So hat beispielsweise der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann wiederholt mit Kritik an der Intransparenz auf sich aufmerksam gemacht. Auch auf internationaler Ebene, von der Staatengruppe des Europarates gegen Korruption (Greco), wird seit Jahren mehr Transparenz gefordert. Es seien, so hiess es noch im letzten August, in der Schweiz «keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden».